

NIEDERSCHRIFT RAT/0023/2024

über die Sitzung des Rates der Stadt Billerbeck am 02.05.2024 im Sitzungssaal des Rathauses.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Frau Heike Ahlers
Herr Matthias Ahlers
Frau Tatiana Holtmann
Herr Marco Lennertz
Frau Ann Katrin Meinert-Vormann
Herr Peter Rose
Herr Frederik Salomon
Herr Thomas Schulze Temming
Herr Franz Josef Schulze Thier anwesend ab TOP 12
Herr Christoph Ueding
Herr Werner Wiesmann
Herr Ralf Flüchter
Frau Hanna Hüwe
Herr Thomas Jakobi
Herr Christof Peter-Dosch
Herr Dr. Rolf Sommer
Frau Sarah Bosse
Herr Carsten Rampe anwesend ab TOP 2
Herr Thomas Tauber
Herr Thomas Walbaum
Frau Iris Pawliczek
Herr Frank Wieland
Herr Niels Geuking

Entschuldigt fehlen:

Frau Dagmar Caluori
Frau Margarete Köhler
Herr Bernd Kösters

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing
Frau Marion Lammers
Herr Martin Struffert
Frau Michaela Besecke

Schrifführerin:

Frau Ute Höning

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

19:00 Uhr

Die Vorsitzende des Rates der Stadt Billerbeck Frau Dirks stellt zunächst fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich seitens der Ratsmitglieder kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Messing teilt mit, dass die in der Ratssitzung am 14.12.2023 beschlossene öffentlich-rechtliche Vereinbarung - zwischen dem Kreis Coesfeld und den Städten Billerbeck und Coesfeld sowie der Gemeinde Rosendahl über die Delegation von Aufgaben im Bereich der Sammlung und des Transportes von sperrigen Abfällen, die im Rahmen des Anschluss- und Benutzungszwanges am Wertstoffhof anfallen – am 04.03.2024 unterzeichnet wurde und somit in Kraft getreten ist.

Weiterhin wurden die Satzung über die Haus- und Badeordnung für das Freibad und die Entgeltordnung für den Besuch und die Nutzung des Freibades der Stadt Billerbeck in der Ratssitzung am 29.02.2024 beschlossen. Diese wurden im Amtsblatt Nr. 1 am 04.03.2024 veröffentlicht und sind somit in Kraft getreten.

2. Einrichtung eines Kreiszentralarchivs hier: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung

Frau Dirks nimmt Bezug auf die Vorberatungen im Haupt- und Finanzausschuss und weist auf den dort gefassten einstimmigen Beschlussvorschlag hin. Sie betont, dass die Errichtung des Zentralarchivs ein gutes Beispiel für interkommunale Zusammenarbeit ist.

Seitens der Ratsmitglieder ergibt sich kein weiterer Beratungsbedarf.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

1. Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Übernahme und Betreuung des Archivgutes der Städte und Gemeinden Ascheberg, Billerbeck, Havixbeck, Lüdinghausen, Nordkirchen, Nottuln, Olfen, Rosendahl und Senden durch den Kreis Coesfeld und die Bildung eines interkommunalen Kreiszentralarchivs wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den anderen Vereinbarungspartnern die Genehmigung der Vereinbarung bei der Bezirksregierung einzuholen.
3. Der Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die beteiligten Vereinbarungsparteien den vorgenannten Beschluss fassen.
4. Unwesentliche bzw. redaktionelle Änderungen/Anpassungen der Vereinbarung, die sich im Beschluss- oder Genehmigungsverfahren ergeben, bedürfen keiner erneuten Beratung und Beschlussfassung.
5. Kreisangehörige Städte und Gemeinden, die erst zu einem späteren Zeitpunkt einen Bedarf nach einer gemeinsamen Aufgaben-

wahrnehmung erklären, können jederzeit auf einfachen Antrag sowie unter Einhaltung der formalen Erfordernisse (Beschlussfassung durch den Rat) dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung beitreten.

Stimmabgabe: einstimmig

**3. 9. Änderung des Bebauungsplanes "Industriegebiet Hamern"
hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss zur Offenlage**

Zuerst erklärt sich Frau Holtmann zu diesem Tagesordnungspunkt für befangen. Sie nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil und begibt sich in den Zuschauerraum.

Frau Dirks nimmt Bezug auf die Vorberatungen im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss und verliest den formulierten Beschlussvorschlag. Auf Nachfrage besteht seitens der Ratsmitglieder kein weiterer Beratungsbedarf.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

1. Für das Plangebiet, welches einen Teil des Bebauungsplangebietes „Industriegebiet Hamern“ umfasst, wird die Aufstellung der 9. Änderung des Bebauungsplanes „Industriegebiet Hamern“ beschlossen. Der Änderungsbereich umfasst die Grundstücke Gemarkung Billerbek-Kirchspiel, Flur 39, Flurstücke 244, 245, 265, 266, 267 tlw. und 268. Der Geltungsbereich wird wie folgt begrenzt:
 - im Nordosten durch die angrenzenden gewerblichen (Flurstück 226) und landwirtschaftlichen Flächen (Flurstück 263)
 - im Nordwesten durch die südliche Seite des nach Südwesten verlaufenden Teils der Raiffeisenstraße (Flurstück 267). Im Kreuzungsbereich wird diese Linie verlängert, bis sie auf die Grenze des Flurstückes 265 trifft. Von dort entlang des Flurstückes 265 in Richtung Nordwest bis zum Kreuzungspunkt mit dem Flurstück 196. Von dort entlang der gemeinsamen Flurstücksgrenze Richtung Südwest.
 - im Südwesten durch die Fläche des Regenrückhaltebeckens (Flurstück 5)
 - im Südosten durch den Wirtschaftsweg (Flurstück 40)
2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die Änderung wird im vereinfachten Verfahren nach § 13 Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt. Gem. § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen. Nach § 13 Abs. 3 BauGB wird auf die Umweltprüfung und den Umweltbericht verzichtet.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Anpassung der Gestaltungssatzung für die Billerbecker Innenstadt hier: Änderung der Festsetzungen für Solar- und Photovoltaikanlagen

Herr Lennertz und Herr Wieland erklären sich für befangen – sie nehmen weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Frau Dirks nimmt Bezug auf die umfangreichen Beratungen im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss und den dort formulierten und angepassten Beschlussvorschlag des Ausschusses.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Mit dem Entwurf der Änderung der Gestaltungssatzung wird unter Entfall von Bereichen mit 40 % und unter Wegfall des Kreuzungsbereiches Lili- enbeck/Mühlenstraße eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt.

<u>Stimmabgabe:</u>	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	9		
Bündnis90/Die Grünen	5		
SPD			4
FDP	1		
FamilienPartei	1		
Bürgermeisterin			1

5. Wiederbesetzung bzw. Umbesetzung von Ausschüssen

Frau Dirks nimmt Bezug auf die eingereichten Anträge der CDU und der FDP.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Frau Lisa -Sophie Miltrup-Meinert wird als sachkundige Bürgerin für den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss als Nachfolgerin für Andreas Groll bestellt.

Frau Lisa-Sophie Miltrup-Meinert sowie die Herren Tayfun Averbek und Jan-Philipp Schwaaf werden zu stellvertretenden sachkundigen Bürgern bestellt.

Herr Christoph Glose wird in allen zulässigen Ausschüssen als stellvertre- tender Sachkundiger Bürger hinzugefügt.

Stimmabgabe: einstimmig

**6. Antrag der SPD Fraktion vom 09.04.2024
hier: Leitlinien Windkraft "Sichtbarkeitsanalyse und Geräuschprognose"**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erklären sich zunächst folgende Personen für befangen und nehmen weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil: Frau Holtmann, Herr Ahlers, Herr Schulze Temming, Herr Ueding und Herr Wiesmann.

Für die Fraktion der SPD meldet sich Herr Rampe zu Wort und beantragt alle SPD-Anträge insgesamt in den Bezirksausschuss bzw. in den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss zu verweisen. Die Unterlagen erklären ausführlich die Anliegen und die Beratungen können „im Block“ erfolgen. Ebenso sollten die Ergebnisse aus der Bürgerinformationsveranstaltung in die Beratungen mit einfließen. Dieses wird von Herrn Walbaum ebenso gefordert, um eine demokratische Entscheidung – auch hinsichtlich der Leitlinien - zu treffen.

Seitens der übrigen Parteien wird der vorgeschlagenen Herangehensweise zugestimmt.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betont Herr Peter-Dosch, dass eine rechtliche und fachliche Prüfung durch Herrn Ahn (Planungsbüro WoltersPartner, Coesfeld) durchgeführt und eine Stellungnahme hierzu abgegeben werden sollte.

Anschließend äußert sich Frau Pawliczek dahingehend, dass es wünschenswert ist, die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung rechtzeitig zur Verfügung gestellt zu bekommen, um eine Vorbereitung innerhalb der Fraktionen zu gewährleisten. Darauf entgegnet Frau Besecke, dass die Stellungnahmen bis zum 22. April eingereicht werden konnten und die Aufbereitung zurzeit in Absprache mit dem Planer erfolgt. Frau Besecke gibt weiterhin zu bedenken, dass eine fachliche Bewertung und Zusammenfassung der Anregungen sinnvoll sind.

Weiterhin zweifelt Frau Pawliczek aufgrund des Verhaltens in der Bürgerinformationsveranstaltung an der Neutralität von Herrn Ahn, da dieser für das Projekt Hamern/Gantweg tätig ist.

Abschließend weist Herr Geuking darauf hin, dass aus der Abwägung hervorgehen sollte, warum, welche Punkte berücksichtigt wurden und andere Punkte jedoch nicht.

Hierauf entgegnet Frau Dirks, dass gerade hierzu eine fachliche Stellungnahme erfolgen soll.

Seitens der SPD bedankt sich Herr Tauber für den einstimmigen Umgang mit den eingereichten Anträgen seiner Fraktion. Wünschenswert wäre – wie auch in der Bürgerversammlung angeregt – eine Visualisierung der unterschiedlichen Anträge. Herr Tauber weist zudem darauf hin, dass hinsichtlich der Bewertung der FFH-Gebiete (Antrag 8) ebenso der Umweltausschuss zu beteiligen ist.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Antrag wird in den Bezirks- und Stadtentwicklungs- und Bauausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

7. **Antrag der SPD Fraktion vom 09.04.2024**
hier: Leitlinien Windkraft "Lärmimmissionen und Schattenwurf"
Hinweis: Siehe Erläuterungen zum Tagesordnungspunkt 6.

Beschluss:

Der Antrag wird in den Bezirks- und Stadtentwicklungs- und Bauausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

8. **Antrag der SPD Fraktion vom 09.04.2024**
hier: Leitlinien Windkraft "Schutz FFH Gebiete"
Hinweis: Siehe Erläuterungen zu TOP 6.

Beschluss:

Der Antrag wird in den Bezirksausschuss, Umweltausschuss und anschließend in den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

9. **Antrag der SPD Fraktion vom 09.04.2024**
hier: Leitlinien Windkraft "Abstand"
Hinweis: Siehe Erläuterungen zu TOP 6.

Beschluss:

Der Antrag wird in den Bezirks- und Stadtentwicklungs- und Bauausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

10. **Antrag der SPD Fraktion vom 09.04.2024**
hier: Leitlinien Windkraft "Kultur und Denkmalgüterschutz"
Hinweis: Siehe Erläuterungen zu TOP 6.

Beschluss:

Der Antrag wird in den Bezirks- und Stadtentwicklungs- und Bauausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

**11. Gemeinsamer Antrag aller im Rat der Stadt Billerbeck vertretenden Parteien
hier: Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages vom 18.01.2024**

Frau Dirks nimmt Bezug auf den eingereichten Antrag aller Parteien und erteilt Frau Hüwe von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen das Wort. Frau Hüwe erläutert und betont, dass seitens aller Fraktionen nicht zugelassen werden soll, dass Angst, Unsicherheit und vor allem Hass in der Stadt Billerbeck Fuß fassen können. Zusammen stehen alle Fraktionen für Vielfalt und Respekt. Das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft wird als Bereicherung gesehen -es geht um Würde jedes Einzelnen. Mit Bezug auf die Demo im März diesen Jahres führt sie weiterhin aus, dass Viele in Billerbeck gegen eine Spaltung und für die vorgenannten Werte auf die Straße gehen. An dieser Veranstaltung haben ca. 2000 Bürger und Bürgerinnen teilgenommen, bei denen sich Frau Hüwe explizit bedankt sowie beim Orgateam. Festzuhalten bleibt definitiv, dass Diskriminierung und Ausgrenzung in Billerbeck keinen Platz haben.

Frau Dirks begrüßt den eingereichten Antrag und bedankt sich bei den Parteien. Zudem weist sie auf ein geplantes Fest der Kulturen in den Sommerferien hin, welches ebenso ein Zeichen für die willkommene Vielfalt Billerbecks verstanden werden sollte.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Billerbeck schließt sich der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages vom 18.01.2024 an.

Stimmabgabe: einstimmig

12. Anregungen u. Beschwerden nach § 24 GO; Entwässerungsstudie Weihgarten

Frau Dirks erläutert anhand der Sitzungsvorlage die weitere Herangehensweise zu diesem Sachverhalt. Nach der Geschäftsordnung hat der Anreger nunmehr die Möglichkeit, das Anliegen vor dem Rat vorzutragen. Sie erteilt Herrn Josef van Wesel das Wort.

Herr van Wesel stellt sich kurz vor und schildert anschließend die Bedenken der Trinkwassereigenversorger. Er wirft der Verwaltung vor, mit möglichst wenig Geld „große Sachen“ zu machen und dieses auf Kosten des Trinkwassers. Herr van Wesel berichtet, dass er Eigenversorger B ist, das heißt, er gibt Wasser an Dritte ab. Zu diesem Zweck hat ihn der Kreis Coesfeld aufgefordert, 53 Parameter (Atrazin, Diron, THM-Stoffe) untersuchen zu lassen. Die Kosten für erforderliche Untersuchungen belaufen sich auf ca. 700 bis 800 Euro – für spezielle Parameter muss zudem ein gesondertes Labor beauftragt werden. Seine Kritik zielt auf die Entwässerungsplanung Weihgarten ab – vielen Bürgern und Bürgerinnen ist in seinen Augen nicht klar, was diese Maßnahme für das Trinkwasser bedeutet. Herr van Wesel behauptet, dass durch die Maßnahme (trassenförmig angelegte Becken, die mit Schilf bepflanzt werden sollen) ca. 70 bis 80 T Liter Wasser verloren gehen.

Feststeht, dass keine Filteranlage ohne Wartung oder Austausch irgendeinen Schadstoff rausfiltert. Schilf und Röhricht sind für organische Stoffe. Die ganzen Düngemittel und Mikroplastiken gehen ungeklärt durch das geplante Schluckloch ins Grundwasser. Er möchte an den Rat der Stadt appellieren über einen größeren Kanal nachzudenken – auch wenn dieser wesentlich höhere Kosten mit sich bringen würde. Der Vorsatz - mit Absicht das Grundwasser zu belasten – ist für ihn unverständlich – es sollte zum Wohle aller Billerbecker Bürger gedacht werden. Außerdem sei diese Vorgehensweise gemäß § 324 Strafgesetzbuch rechtswidrig.

Frau Dirks entgegnet, dass sich die Entwässerungsplanung Weihgarten in einem Anfangsstadium befindet. Die bisherigen Beratungen haben ergeben, dass eine Verunreinigung des Grundwassers definitiv vermieden werden muss. Bislang handele es sich lediglich um eine Studie / Idee, an der selbstverständlich viele Fachleute beteiligt und alle rechtlichen Vorgaben eingehalten werden.

Anschließend betont Herr Tauber, dass sich die SPD der elementaren Bedeutung des Grundwassers bewusst ist – eine weitere Beratung im Umweltausschuss mit eingeräumtem Recht für den Antragsteller befürwortet er.

Übereinstimmend schließen sich alle anderen Fraktionen vorgenannter Vorgehensweise an und bedanken sich für das Engagement des Antragstellers.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die Anregungen und Beschwerden werden in den Umweltausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

**13. Anregung gemäß § 24 GO NRW vom 28.03.2024
hier: Windenergie in Bombeck und Langenhorst**

Vor Beginn der Beratungen erklärt sich Herr Ahlers für befangen – er nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Frau Dirks nimmt Bezug auf die Sitzungsvorlage und erteilt Frau Hidding das Wort. (Die Ausführungen von Frau Hidding sind der Niederschrift als Anlage 1 im Ratsinformationssystem beigefügt.)

Auf Vorschlag von Herrn Tauber sollte die vorgetragene Anregung genauso wie die vorherigen Anträge anhand der bisherigen und eventuell auch angepassten Leitlinien geprüft und dargestellt werden.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Antrag wird in den Bezirks- und Stadtentwicklungs- und Bauausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

14. Mitteilungen

14.1. Baumschutzbügel Lilienbeck / Mühlenstraße - Frau Dirks

Frau Dirks nimmt Bezug auf eine Anfrage von Herrn van Wesel in der letzten Ratssitzung (ö.S. TOP 22.3).

Herrn van Wesel wurde zwischenzeitlich schriftlich mitgeteilt, dass zum Thema Baumschutzbügel und -beschädigungen seitens der Stadt folgende Aussagen gemacht werden können: Es wurden 5 Baumschutzbügel beschädigt und die Kosten bei den jeweiligen Unfallverursachern geltend gemacht. Kosten für die Stadt Billerbeck sind nicht entstanden.

14.2. Freibaderöffnung / Osterwicker Straße - Herr Messing

Herr Messing teilt mit, dass die diesjährige Freibaderöffnung für den 09. Mai um 10.00 Uhr erfolgt.

In diesem Zusammenhang erwähnt Herr Messing ebenso, dass die Fahrbahnsanierung der Osterwicker Straße ist – bis auf kleine Restarbeiten - abgeschlossen und für den Verkehr wieder freigegeben ist. Die Radwegführung ist durch Pictogramme gekennzeichnet.

15. Anfragen

15.1. Befangenheit vom Planer Herrn Ahn - Herr Schulze-Temming

Mit Bezug auf die Kritik der Neutralität von Herrn Ahn hinterfragt Herr Schulze Temming, ob es richtig sei, dass vorgenannter Planer sowohl für die Stadt als auch für die Investoren der Windkraftanlage arbeite. Oder ist es so, dass das Planungsbüro nur für Kommunen arbeite?

Frau Besecke entgegnet, dass Herr Ahn zum einen den Auftrag zur Erarbeitung der Leitlinien von der Stadt erhalten hat. Zum anderen wurde Herrn Ahn von der Stadt der Auftrag erteilt, das konkrete Planverfahren zu begleiten. Eine Kostenerstattung durch die Investoren erfolgt über die Stadt. Es ist korrekt, dass beide Aufträge dem gleichen Planungsbüro erteilt wurden.

15.2. Aktueller Stand der Kindergartenplätze - Frau Holtmann

Frau Holtmann erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand bei der Vergabe bzw. Berücksichtigung der Billerbecker Kinder in den Kindergärten.

Herr Struffert führt aus, dass zum Zeitpunkt der Kindergartenbedarfsplanung, die zum 15. März 2024 abzuschließen war, alle Kinder ein Angebot bekommen haben. Von den damals 9 Kindern, die zur damaligen Sitzung des Ausschusses für Generationen und Kultur noch nicht versorgt waren, sind 6 Anmeldungen zurückgezogen worden. Für die übrigen 3 Kinder konnte ein Angebot unterbreitet werden. Somit ist eine Versorgung für alle Kinder dargestellt.

15.3. Nutzung einer Bezahlkarte - Frau Pawliczek

Frau Pawliczek fragt nach, ob hinsichtlich der Nutzung einer Bezahlkarte in Billerbeck bereits Überlegungen angestellt wurden.

Herr Struffert teilt mit, dass die Nutzung einer Bezahlkarte durchaus ein Thema sei - allerdings noch keine konkreten Aussagen hierzu gemacht

werden können. Am 17. Mai findet eine Videokonferenz statt, in der weitere Informationen aus dem Ministerium erfolgen. Zunächst muss die Umsetzung geklärt werden, damit die Nutzung auch einheitlich in allen Kommunen geregelt ist.

Frau Dirks bekräftigt eine gemeinschaftliche Herangehensweise aller Kommunen nach einem erarbeiteten Gesamtkonzept.

15.4. Beginn der Tonbandaufnahme - Herr Tauber

Herr Tauber kritisiert, dass die Tonaufzeichnung im Rathaussaal bereits vor dem Beginn der Sitzung eingeschaltet war. Er betont, dass das gesprochene Wort ebenso unter den Datenschutz fällt. Bekannt ist ihm, dass die Tonaufzeichnung lediglich für den Zweck der Erstellung der Niederschrift genutzt werden darf. Dennoch die Bitte, die Aufzeichnung erst ab Beginn der Sitzung (18.00 Uhr) zu starten. Gerade für persönliche und vertrauliche Gespräche ist es wichtig, dass vor der Sitzung nicht aufgezeichnet wird. Sollte dieses heute der Fall sein, dann muss es entsprechend bewertet werden, da gerade die Bürger nicht über die Tonaufnahme informiert sind.

Frau Dirks sagt zu, dass die Bandaufnahme zukünftig erst zu Beginn der Sitzung gestartet wird.

16. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck

16.1. Baumschutzbügel - Herr van Wesel

Herr van Wesel bedankt sich bei Frau Dirks für die Beantwortung hinsichtlich der Kostenübernahme durch Beschädigungen für die Baumschutzbügel. Die damalige Anfrage bezog sich jedoch auf die gesamte Bauphase im Bereich Lilienbeck / Mühlenstraße. Von den zuerst verwendeten Bügel sind ca. 12 Bügel umgefahren worden. Danach wurde eine andere Variante mit Querstrebe angebracht – hiervon wurden ebenso 6 oder 7 Bügel umgefahren.

Frau Dirks sagt eine Nachfrage beim zuständigen Sachbearbeiter zu und gibt die Informationen weiter.

16.2. Nutzung Lüftungsgeräte - Herr van Wesel

Herr van Wesel hinterfragt, warum die angeschafften mobilen Entlüfter nicht mehr zum Einsatz kommen. Frau Dirks führt aus, dass mittlerweile in sehr vielen Gebäuden nachgerüstet wurde und Lüftungsanlagen installiert wurden.